
Wiebke Knell

WIEBKE KNELL: „ALTES WAPPEN STATT NEUEM AUFBRUCH – NORDHESSEN WIRD WIEDER NICHT MITGEDACHT“

24.03.2026

Wiesbaden/Neukirchen – Die nordhessische FDP-Landtagsabgeordnete Wiebke Knell kritisiert das neue Corporate Design des Landes Hessen scharf und kündigt eine parlamentarische Befassung an.

„Was hier als neues Erscheinungsbild verkauft wird, ist in Wahrheit ein Rückgriff auf das Wappen des Volksstaates Hessen. Dieses historische Staatsgebilde umfasste aber gerade nicht das heutige Hessen.

Große Teile Nordhessens, Mittelhessens und Nassau gehörten nie dazu“, so Knell. Gerade darin sieht sie ein Problem: „Hessen ist 1945 bewusst aus unterschiedlichen historischen Regionen zusammengewachsen. Wenn heute ein Symbol gewählt wird, das diese Vielfalt nicht abbildet, dann wird ein Teil unseres Landes schlicht nicht mitgedacht.“ Besonders kritisch bewertet Knell die Wirkung auf die nordhessische Bevölkerung: „In Nordhessen gibt es bei vielen Menschen ohnehin das Gefühl, dass ihre Perspektive im Land zu kurz kommt. Wenn jetzt ein Wappen in den Mittelpunkt gestellt wird, zu dessen historischem Gebiet Nordhessen gar nicht gehört, dann verstärkt das genau dieses Gefühl. Das ist ein falsches Signal für den Zusammenhalt unseres Landes.“

Deutliche Kritik übt Knell darüber hinaus an der Prioritätensetzung der schwarz-roten Landesregierung: „Noch in der vergangenen Woche wurde an der Bildung gekürzt und jetzt werden hunderttausende Euro für die Markenbildung ausgegeben. Das passt nicht zusammen.“ Die Merchandise-Produkte, die mit Veröffentlichung des neuen Corporate Designs vorgestellt wurden, komplettieren dieses Bild und stoßen bei der Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion auf Unverständnis: „Ein einfaches T-Shirt für 79 Euro zeigt, wie abgehoben die Landesregierung ist und sich von der Lebensrealität vieler Menschen

entfernt hat. Hessen ist keine Modemarke.“

Neben den Kosten sieht die FDP-Landtagsfraktion das Vergabeverfahren für das neue Corporate Design der Landesregierung kritisch. Um hier Transparenz zu schaffen, fordert sie mittels eines dringlichen Berichtsantrages Aufklärung in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags. „Statt sich auf die echten Probleme der Menschen zu konzentrieren, setzt die Landesregierung auf ein teures PR-Projekt. Das wirkt nicht modern – das wirkt respektlos“, so Knell.